

AGF Europa News



Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – Dezember 2011

Neuigkeiten aus der COFACE

Study Day der COFACE: „Individualisation of social rights in a family perspective“

Am 2. Dez. 2011 tagte in Brüssel die Arbeitsgruppe 1 (Familien- und Sozialpolitik) der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union). Ihre wichtigsten Themen waren das Europäische Jahr 2012 „Europäisches Jahr für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen“ (die COFACE ist Mitglied im europäischen Bündnis zur Umsetzung des Jahres), die Umsetzung des Positionspapiers zu „Romafamilien und die generationsübergreifende Übertragung von Armut und sozialer Ausgrenzung“, der Umgang mit dem Grünbuch zu Familienzusammenführung sowie häusliche Gewalt gegen Frauen.

In Zusammenhang mit der Sitzung der Arbeitsgruppe 1 fand am 1. Dezember ein Fachgespräch zum Thema: „Towards social security systems that promote individual autonomy and better recognition of family solidarity all along the life cycle“ statt. Hier wurde intensiv über die Individualisierung von Rechten und Auswirkungen auf die sozialen Systeme diskutiert. Das Treffen diente vor allem dem allgemeinen Austausch und der Information. Das Thema wird die COFACE vermutlich auch in den nächsten Monaten weiterhin beschäftigen.

- [COFACE-Positionspapier zu Romafamilien \(englisch\)](#) 
- [Grünbuch zum Recht der Familienzusammenführung von in der EU lebenden Menschen aus Drittländern](#) 
- [Link zum COFACE-Programm DAPHNE gegen häusliche Gewalt \(englisch\)](#)

COFACE-Studientag zur sexuellen und emotionalen Erziehung in der EU

Am 14. Dezember fand der von der COFACE organisierte, interne Studientag zur sexuellen und emotionalen Erziehung in der EU statt. Dabei wurde verdeutlicht, dass diese in der EU stark unterschiedliche Formen und Inhalte annimmt und eine Vielzahl an Akteuren, wie Eltern, Schule, Personal aus dem Gesundheitsbereich etc., beteiligt sind. Die Mitglieder der COFACE verfügten insgesamt über eine große Varietät pädagogischer Materialien zu der Thematik. In der Schlussfolgerung bedeute dies, dass Kinder in der EU über inhaltlich und qualitativ unterschiedliche Informationen verfügen. Daraus kann sich für einige Kinder und Jugendliche ein stärkeres Risikoverhalten als für andere ergeben. Die COFACE wird das Thema weiterhin verfolgen, um die bereits existierenden Ressourcen zur Thematik zu sammeln und zu teilen sowie gemeinsame Kriterien festzulegen.

- [Mitteilung der COFACE zum Studientag „Sexuality and emotional Education“ \(englisch\)](#)

Nationale Reformprogramme der Mitgliedstaaten

Im April 2011 hat der EPSCO-Rat die ersten Nationalen Reformprogramme (NRP) der EU-Mitgliedstaaten im Rahmen der EU-Strategie 2020 vorgestellt. Darin geht es vorrangig um die Reduzierung von Armut und sozialer Ausgrenzung, eine Steigerung der Beschäftigung sowie eine Verbesserung der Bildungssituation. Die nächsten NRPs werden im April 2012 veröffentlicht. Aus diesem Anlass fordern die COFACE und weitere Mitglieder der Social Platform (Europäische Plattform sozialer NGOs) die Gewährleistung der Einbeziehung aller Stakeholder auf nationaler Ebene, wozu auch zivilgesellschaftliche Akteure zählen. Sie sollen am Gesamtprozess der Redaktion der neuen NRPs sowie deren Umsetzung und Kontrolle beteiligt sein. Aus diesem Grund verschickte die Social Platform einen Brief mit ihren Forderungen an die Minister des EPSCO-Rates.

- [Brief der Social Platform an die Minister des EPSCO-Rates \(englisch\)](#) 
- [Dokumente der Europäischen Kommission zur EU-Strategie 2020](#)

COFACE mit neuem Logo und neuer Website

Die Website der COFACE wurde in den letzten Wochen komplett erneuert. Die neue Version ist nun online. Außerdem hat die COFACE nun auch ein neues Logo.

- [Link zur Website der COFACE \(englisch\)](#)

Neuigkeiten aus der Europäischen Kommission

Mitteilung über die Zukunft der Mehrwertsteuer veröffentlicht

Im Mai dieses Jahres endete die Kommentierungsfrist für das Grünbuch „Über die Zukunft der Mehrwertsteuer“. Nun hat sich die Kommission zu dieser Konsultation geäußert und spricht sich unter anderem für eine starke Begrenzung reduzierter Mehrwertsteuersätze in der EU aus. Sie begründet es mit den negativen Folgen, die große Unterschiede bei den Mehrwertsteuersätzen für den innereuropäischen Handel haben würden und mit einer notwendigen Absicherung der Staatshaushalte. Außerdem sollen die Mehrwertsteuersätze dahingehend geprüft werden, ob sie Haushalte mit geringem Einkommen entlasten.

An der Mehrwertsteuer-Konsultation hat sich auch die Initiative „7 % für Kinder“ beteiligt. Sie setzte sich darin allgemein für die Beibehaltung des reduzierten Mehrwertsteuersatzes ein und forderte, dass dieser europaweit auf Produkte und Dienstleistungen für Kinder angewendet werden darf.

Im kommenden Jahr plant die Kommission eine Bewertung der aktuell gültigen europäischen Mehrwertsteuersätze, um darauf hin bis zum Ende des Jahres 2013 Vorschläge zur Neugestaltung der reduzierten Mehrwertsteuersätze vorlegen zu können.

- [Mitteilung der Europäischen Kommission zur Zukunft der Mehrwertsteuer](#) 

Kampagne für Spielzeugsicherheit gestartet

Seit dem 20. Juli 2011 gelten in der EU die weltweit strengsten Vorschriften zur Verbesserung der Kinderspielzeugsicherheit. Pünktlich zur Vorweihnachtszeit, in der überdurchschnittlich viel Spielzeug gekauft wird, hat die Kommission nun eine europäische Kampagne zur Spielzeugsicherheit gestartet. Diese hat zum Ziel, Eltern und anderen Personen Verbrauchertipps für den Kauf und die richtige Verwendung von besonders sicherem Spielzeug zu geben. Die wichtigsten Punkte dazu werden in einem EU-weit ausgestrahlten Fernsehspot thematisiert. Außerdem erhalten alle Verbraucher in der EU beim Spielzeugkauf eine Karte mit Sicherheitshinweisen.

- [Pressemitteilung der Europäischen Kommission zur Spielzeugrichtlinie vom 20. Juli 2011](#)
- [Pressemitteilung der Europäischen Kommission zur europäischen Kampagne für Spielzeugsicherheit](#)

Neues EU-Programm „Erasmus für alle“ vorgestellt

Die Kommission hat das neue EU-Bildungsprogramm für allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport „Erasmus für alle“ vorgestellt. Ziel ist es, die Zahl der Auslandsaufenthalte während des Studiums oder der Ausbildung sowie in Freiwilligendiensten ab 2014 zu verdoppeln. Dazu sollen alle aktuell existierenden EU-Auslandsprogramme für Bildung, Jugend und Sport zusammengelegt und das Budget für den nächsten Haushaltszeitraum um 70% erhöht werden.

- [Pressemitteilung der Europäischen Kommission zum Programm „Erasmus für alle“](#)

Neufassung der EU-Berufsanerkennungsrichtlinie zu Pflegeberufen vorgestellt

Am 20. Dezember präsentierte der EU-Binnenmarktkommissar Michel Barnier eine Neufassung der EU-Berufsanerkennungsrichtlinie. Mit der Neufassung will Barnier das Bildungsniveau in der Ausbildung für Pflegeberufe erhöhen. Somit soll das Abitur EU-weit künftig Eingangsvoraussetzung für bestimmte Gesundheits- und Pflegeberufe sein, wie z.B. Krankenschwester/-pfleger und Hebamme. Ziel dieser Regelung ist die Vereinheitlichung der Ausbildungsbedingungen und des Qualifikationsniveaus, um innereuropäische Mobilitätshürden im Gesundheitssektor zu beseitigen. Außerdem hätten sich laut Barnier die Berufe Krankenschwester/ Krankenpfleger und Hebamme in den vergangenen drei Jahrzehnten so stark verändert, dass die Erhöhung des Qualifikationsniveaus unabdingbar sei.

Bisher schreiben bereits 25 der 27 EU-Staaten eine zwölfjährige Schulzeit als Voraussetzung für Pflegeberufe vor, in Deutschland sind zehn Jahre Schulzeit notwendig. Die Erhöhung der Eingangsvoraussetzung wird in großen Teilen der Branche kritisch gesehen, weil sie zu weiteren Engpässen im Pflegepersonal in Deutschland führen würde.

Kommission empfiehlt mehr Sozialinvestitionen

Die Kommission hat den ersten jährlichen Prüfbericht zu europäischen Entwicklungen in den Bereichen Beschäftigung und Soziales vorgestellt. Das Ergebnis des Prüfberichts zeigt, dass sich das Wohlstandsgefälle in allen EU-Staaten aufgrund der Wirtschafts- und Finanzkrise vergrößert hat. Besonders ältere und alleinerziehende Personen seien von Armut betroffen. Lázló Andor, Kommissar für Beschäftigung, Soziales und Integration, unterstrich die Notwendigkeit, wirtschaftliche, beschäftigungspolitische und soziale Aspekte der Krise gemeinsam anzugehen. Dazu propagierte die Kommission bessere Sozialinvestitionen sowie eine

gerechtere Beschäftigungs- und Sozialpolitik. Die Beschäftigung solle durch Maßnahmen wie die Steigerung der Beschäftigungsfähigkeit älterer Arbeitskräfte, die Förderung des aktiven Alterns sowie die Erhöhung der Mobilität Erwerbstätiger erhöht werden. Ein starkes Augenmerk liegt auf der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, der mit der Initiative „Chancen für junge Menschen“ Rechnung getragen werden soll. Außerdem solle die gerechte Besteuerung von Spitzeneinkommen und Vermögen zum Ausgleichen von Unterschieden beitragen.

- [Pressemitteilung der Europäischen Kommission zum Wohlstandsgefälle in den EU-Staaten](#)
- [Bericht der Europäischen Kommission zur Beschäftigung in Europa \(englisch\)](#)
- [Bericht der Europäischen Kommission zur sozialen Lage](#)
- [Pressemitteilung der Europäischen Kommission zur Initiative „Chancen für junge Menschen“](#)

Irreführende Gesundheitslogos werden verboten

Die Europäische Lebensmittelsicherheitsbehörde EFSA (European Food Safety Authority) hat mehr als 2.700 Werbeslogans wie z.B. „stärkt die Abwehrkräfte“ oder „senkt den Bluthochdruck“ für Lebensmittel untersucht. Dabei ist sie zu dem Schluss gekommen, dass der Inhalt der meisten Slogans wissenschaftlich nicht nachvollziehbar sei. Um die Verbraucher/innen nicht in die Irre zu führen, hat die Kommission nun erklärt, dass Nahrungsmittelhersteller ab 2013 in der EU weniger mit gesundheitsbezogenen Slogans werben dürfen. Der EU-Gesundheitskommissar John Dalli legte dazu das Health-Claims-Register mit erlaubten Werbesprüchen vor. Dieses umfasst 222 Slogans, die weiterhin erlaubt sein werden. Das Register muss nun in einem weiteren Schritt vom Ministerrat und vom Parlament angenommen werden.

- [Erklärung von EU-Kommissar Dalli zu gesundheitsbezogenen Angaben auf Lebensmitteln](#)

Internationale Regeln sollen bei „Kindesentführung“ durch Eltern gelten

Die EU-Justizkommissarin Viviane Reding hat sich zur „Kindesentführung“ von Eltern geäußert. „Preventing child abduction is an essential part of the EU’s policy to promote the rights of the child.“ Kommission und Parlament werben deshalb international für die Ratifizierung der Haager Konvention. Damit sollen internationale Regeln in Kraft treten, um Streitfälle zu entschärfen und Familiendramen zu beenden. Die Haager Konvention enthält Regeln dazu, welches Gericht über den Aufenthaltsort des Kindes entscheidet. Sie greift, wenn ein Elternteil Drittstaatsangehörige/r ist. Kommen beide Eltern aus der EU, soll die Verordnung „Brüssel IIa“ den Streitfall lösen.

- [Erklärung von EU-Justizkommissarin Reding zur „Kindesentführung“ durch Eltern \(englisch\)](#)

Tagesmütter aus EU Hygienevorschriften für Lebensmittelunternehmen ausgenommen

Seit dem Jahr 2006 gelten die EU-Hygiene-Verordnungen, die das nationale Hygienerecht weitgehend ersetzen. Nun erhielten Berliner Tagesmütter Ende November ein Schreiben vom Jugendamt, nach dem sie ab dem 1. Januar 2012 ebenfalls unter die strengen EU-Hygienevorschriften für Lebensmittelunternehmen fallen sollten. Dies würde einen deutlichen zeitlichen und finanziellen Mehraufwand bedeuten, da zu den Vorschriften unter anderem die exakte Dokumentation des Lebensmittelkaufs und der Kühlschranktemperatur sowie die Einhaltung eines genauen Reinigungs- und Desinfektionsplans gehören.

In diesem Zusammenhang stellt die Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland klar, dass Tagesmütter nicht unter die strengen EU-Hygienevorschriften fallen, da sie Lebensmittel nur gelegentlich und in kleinem Maße zubereiten und servieren. Obwohl auch hier hygienische Standards gelten, würde das EU-Recht in diesem Fall zu eng ausgelegt werden.

- [Mitteilung der Europäischen Kommission in Deutschland zu Hygienevorschriften für Tagesmütter](#)

Neues aus dem Europäischen Rat

Minderjährige sollen im Internet effizienter geschützt werden

Der Rat hat sich dafür ausgesprochen, die Sicherheit Minderjähriger im Internet zu verbessern. Damit soll ihnen „ein sicheres Medioumfeld (...), das sich auf die Grundsätze menschliche Würde, Sicherheit und Achtung des Privatlebens stützen sollte“ ermöglicht werden. Um dieser Forderung gerecht zu werden, sei es unerlässlich, Kinder, Eltern und Lehrer über Möglichkeiten und Risiken in der digitalen Welt aufzuklären. Außerdem sollten die Hersteller audiovisueller Medien bei der Konzeption ihrer Geräte und Dienstleistung dem Schutz Minderjähriger Rechnung tragen. Des Weiteren fordert der Rat dazu auf, bei der Bekämpfung illegaler und schädlicher Internetseiten verstärkt mit Drittländern zusammenzuarbeiten.

Auch die Kommission unterstützt das Anliegen des Rates. Auf ihre Initiative haben sich 28 Unternehmen (Geräte- und Betriebssystemhersteller, Internetdienstleister, Rundfunkveranstalter, soziale Netzwerke und Mobilfunkanbieter) zu einem freiwilligen Bündnis zusammengeschlossen, das die Förderung der Sicherheit von Minderjährigen im Internet zum Ziel hat. Diesbezügliche Schutzmaßnahmen: Schaffung einfacher Meldemöglichkeiten bei schädigenden Inhalten, altersgerechte Datenschutzeinstellung, Förderung des Angebots an Werkzeugen elterlicher Kontrolle sowie die Verbesserung der Kooperation von Strafverfolgungsbehörden und Meldestellen zur wirksamen Löschung kinderpornographischer Seiten. Das Bündnis plant, seine Arbeiten im Sommer 2012 vorzulegen.

- [Mitteilung des Rates zum Schutz Minderjähriger im Internet \(englisch\)](#) 
- [Pressemitteilung der Europäischen Kommission zum Bündnis für kindersicheres Internet \(englisch\)](#)

Kinder sollen effizienter vor chronischen Atemwegserkrankungen geschützt werden

Die häufigsten nicht-ansteckbaren Krankheiten bei Kindern sind chronische Atemwegserkrankungen. Im September dieses Jahres hat dazu die Expertenkonferenz „Prävention und Bekämpfung von Asthma und Allergien bei Kindern in der EU“ stattgefunden. Als Schlussfolgerung auf diese Konferenz hat der polnische Ratsvorsitz die Prävention, Frühdiagnose und Behandlung chronischer Atemwegserkrankungen bei Kindern nun zu einem prioritären gesundheitspolitischen Ziel ausgerufen. Der Rat fordert die Mitgliedstaaten auf, die Hauptrisikofaktoren (v.a. Tabakrauch, schlechte Raumluft und Luftverschmutzung) zu bekämpfen. Beispiele für konkrete Maßnahmen sind Entwöhnungsprogramme für schwangere Raucherinnen, der Schutz von Kindern und Schwangeren vor Tabakrauch in geschlossenen Räumen sowie Information und Aufklärung über chronische Atemwegserkrankungen.

- [Schlussfolgerungen des Rates zum Schutz von Kindern vor Atemwegserkrankungen \(englisch\)](#) 

Rat lehnt Erhöhung des voll bezahlten Mutterschutzes auf 20 Wochen ab

Das Europäische Parlament (EP) hat im Oktober 2010 eine Entschließung zur Erhöhung der Mindestdauer des voll bezahlten Mutterschutzes von 14 auf 20 Wochen gefordert. Seither gibt es diesbezüglich Unstimmigkeiten zwischen dem Rat und dem EP. Das EP hat mehrfach kritisiert, dass der Rat noch keine eindeutige Stellungnahme zur Erhöhung des Mutterschutzes gegeben hat. Nun erörterte der Rat seine Position und machte deutlich, dass eine Erhöhung auf 20 Wochen für ihn nicht akzeptabel sei. Als Begründung nannte der Rat die große Diversität der Systeme des Mutterschutzes und der Sozialversicherung in den einzelnen Mitgliedstaaten. Außerdem seien die finanziellen Auswirkungen für die Staatshaushalte zu gravierend.

- [Bericht des Rates zum Mutterschaftsurlaub \(englisch\)](#) 

Schlussfolgerungen zur Vereinbarkeit von Familien- und Berufsleben angenommen

Die Aktionsplattform von Peking der Vereinten Nationen hat zum Ziel, die Emanzipation von Frauen zu stärken. Eine Großzahl der Aktivitäten zur Geschlechtergleichheit des Rates wird im Rahmen der Aktivitäten dieser Plattform durchgeführt. In der Aktionsplattform von Peking hat das Europäische Institut für Gleichstellungsfragen (EIGE) einen Bericht herausgegeben, der verdeutlicht, dass die Vereinbarkeit von Berufs- und Familienleben eine essentielle Kondition zur Gleichberechtigung auf dem Arbeitsmarkt ist. Der Rat hat die Schlussfolgerungen des Berichts nun angenommen. Ein adäquates Gleichgewicht zwischen Familien- und Berufsleben von Frauen und Männern soll insbesondere durch Maßnahmen wie Betreuungsmöglichkeiten, Elternurlaub und flexible Arbeitszeiten erreicht werden. Dabei müsse besonders darauf geachtet werden, dass die Maßnahmen weder der Karriere der Frauen, noch der wirtschaftlichen Situation des Staates schaden.

- [Bericht des Europäischen Instituts für Gleichstellungsfragen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf \(englisch\)](#) 
- [Schlussfolgerungen des Rates zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf \(englisch\)](#) 

Kommunikationsstörungen bei Kindern frühzeitig erkennen und behandeln

Laut Angaben der Weltgesundheitsorganisation (WHO) könnten etwa die Hälfte aller Taubheits- und Schwerhörigkeitsfälle bei Kindern durch Prävention, Diagnostik sowie eine frühzeitige Behandlung vermieden werden. Die EFAS (European Federation of Audiology Societies – Europäischer Verband der Audiologiegesellschaften) hat während ihres Kongresses im Juni dieses Jahres zu Kommunikationsproblemen von Kindern gearbeitet. Der Rat hat die Schlussfolgerungen dieser Konferenz nun angenommen und setzt sich für die frühzeitige Erkennung und Behandlung von Kommunikationsstörungen bei Kindern ein. In Kooperation mit der Kommission hat der Rat entschlossen, dass die Mitgliedstaaten im Rahmen ihrer Tätigkeiten im Europäischen Referenznetzwerk Kommunikationsstörungen von Kindern stärker in Betracht ziehen sollen.

- [Schlussfolgerungen des Rates zu Kommunikationsstörungen von Kindern \(englisch\)](#) 

Das Altern der Gesellschaft als Möglichkeit für den Arbeitsmarkt

Im Hinblick auf das Europäische Jahr 2012 befasste sich der Rat mit den demographischen Veränderungen in der EU. Er sieht das Altern der Bevölkerung auch als Chance für neue Möglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt sowie für die Einrichtung sozialer Dienste. Der Rat befürwortet eine aktivere Rolle von Senioren im wirtschaftlichen und im sozialen Bereich. Dazu sollen die Hürden für sie im Arbeitsleben beseitigt werden, gegen Diskriminierung angekämpft und die Arbeitsbedingungen verbessert sowie das lebenslange Lernen gefördert werden.

- [Schlussfolgerungen des Rates zur alternden Gesellschaft \(englisch\)](#) 

Neues aus dem Europäischen Parlament

Einheitliche Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis für Drittstaatsangehörige gebilligt

Für Drittstaatsangehörige soll es künftig einfacher werden, in der EU zu leben und zu arbeiten. Das EP hat dazu den mit dem Rat erarbeiteten Kompromiss zur Richtlinie einer „einheitlichen Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis“ für Drittstaatsangehörige verabschiedet. Danach wird die Beantragung einer Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigung vereinfacht und in einem Schritt ermöglicht. Außerdem werden in der EU legal arbeitende Bürger/innen aus Drittstaaten im Hinblick auf Arbeitsbedingungen, Anerkennung von Qualifikationen, Sozialversicherung und öffentliche Dienstleistungen vergleichbare Rechte wie EU-Bürger/innen eingeräumt. Somit wird die Zuwanderung von Arbeitskräften in der EU erleichtert ohne das Entscheidungsrecht der Mitgliedstaaten einzuschränken. Den Mitgliedstaaten bleibt es frei, Beschränkungen für Beschäftigte mit Arbeitsverträgen von weniger als sechs Monaten, bei Familienleistungen für Studierende sowie beim Zugang zu bestimmten Sozialleistungen wie z.B. Sozialwohnungen festzulegen. Die Richtlinie soll zu Beginn des Jahres 2014 in Kraft treten.

- [Richtlinientext zur einheitlichen Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis](#) 

Eurochild ruft EU zur Unterstützung von Familien im Kampf gegen Kinderarmut auf

Das europäische Netzwerk Eurochild hat seine Jahreskonferenz vom 30. November bis zum 2. Dezember zum Thema „Kinderarmut mittels Unterstützung und Stärkung von Familien bewältigen“ veranstaltet. Eurochild machte deutlich, dass die EU auch in finanziell schwierigen Zeiten in Kinder und Familien investieren müsse. Andernfalls würde sie langfristig an humanem und sozialem Kapital verlieren. Aus diesem Grund beendete Eurochild die Konferenz mit einem Handlungsauftrag an die EU und ihre Mitgliedstaaten, Familien stärker zu unterstützen um Kinderarmut zu bewältigen. Der Beitrag von Eurochild und seinen Mitgliedern zu diesem Anliegen wird unter anderem die Fortführung der Forderung nach einem zweckbestimmten EU-Kinderbudget sein. Außerdem wird Eurochild 2012 einen Leitfaden zum Gebrauch familienunterstützender Richtlinien herausgeben.

- [Pressemitteilung von Eurochild \(englisch\)](#)

Bevorstehende Veranstaltungen

- European Alliance for Families (EAF) mit Regionalseminar “Work-Life Balance and Reform of the Welfare State” (25. Januar, Brüssel)
- Arbeitsgruppentreffen der COFACE: „Exchange of information and experiences: mutual learning and capacity building“ (7. Februar 2012, Brüssel)
- Public Policy Exchange mit Fachkonferenz “Equality in the Workplace: Zero Tolerance on Gender-Based Discrimination and Harassment in Europe” (6. März 2012, Brüssel)
- Konferenz der EU-Kommission “Innovation in Healthcare without borders” (16 – 17. April 2012, Brüssel)
- Arbeitsgruppentreffen der COFACE: “Consumer protection, Services and Public Health policies” (20. April 2012, Brüssel)
- Europäische ESIP-Konferenz “Aktives, gesundes Altern und Generationensolidarität: Die Rolle der Sozialversicherungen” (23. Mai 2012, Brüssel)
- EMIL Netzwerk mit Konferenz “Generations Ageing Together” (9. – 11. Juli, Staffordshire)
- “8th World Congress on Active Aging” (13. – 17. August 2012, Glasgow)

Die **Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V.** ist der Zusammenschluss des Deutschen Familienverbands (DFV), der Evangelischen Aktionsgemeinschaft für Familienfragen (eaf), des Familienbundes der Katholiken (FDK), des Verbands alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV) und des Verbands binationaler Familien und Partnerschaften (iaf).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie setzt sich mit politischer Lobbyarbeit für die Belange der Familien ein und fördert den Dialog und die Kooperation der familienpolitischen Organisationen sowie den Verantwortlichen der Familienpolitik auf nationaler und internationaler Ebene. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union).